

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der Wahlprüfsteine Ihres Verbandes danke ich Ihnen. Angesichts der Vielzahl der hier eingehenden Wahlprüfsteine und des Umfangs Ihrer Wahlprüfsteine haben Sie sicherlich Verständnis dafür, dass ich nicht auf alle Ihre Einzelfragen sondern bisweilen auf Ihre Themenblöcke in Gänze antworte.

Themenbereich Bildung

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen

Zu 1.

Bei den angesprochenen Betreuungsrelationen nach § 21 KiföG handelt es sich um Mindestpersonalschlüssel. Das bedeutet, dass es Trägern und Eltern unbenommen ist, schon heute auf eigene Rechnung, verbesserte Personalschlüssel zu vereinbaren.

Zu 2.

Nein, die Erfahrungen mit der Inanspruchnahme des ehemals bundesgesetzlich geregelten Betreuungsgeldes für den in Rede stehenden Personenkreis haben gezeigt, dass hierfür in Sachsen-Anhalt kein Bedarf besteht. In keinem anderen Bundesland war die Inanspruchnahme dieser Leistung so gering wie in Sachsen-Anhalt.

Zu 3.

Über die geltende gesetzliche Regelung hinaus gehende Regelungen zum Bildungsprogramm sind auch im Lichte der jüngsten Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zum KiföG aus unserer Sicht nicht erforderlich. Dass das Bildungsprogramm in regelmäßigen Abständen daraufhin überprüft werden muss, dass es noch zeitgemäß und dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entspricht, ist eine Selbstverständlichkeit.

Zu 4.

Nicht jede Erzieherin bzw. jeder Erzieher benötigt eine Hochschulausbildung. Sinnvoll erscheint eine Hochschulausbildung für die Leiterinnen und Leiter von Kindertagesstätten.

2. Bildung in der Schule

Zu 1.

Die CDU spricht sich für ein modernes Schulwesen sowohl in inhaltlicher wie auch in organisatorischer Hinsicht aus. Inhaltlich ist darunter u. a. eine regelmäßige Anpassung der Lehrpläne der verschiedenen Schulformen auf die Bedürfnisse der digitalen Zukunft unserer Gesellschaft zu verstehen. Organisatorisch bedeutet dieser Anspruch nach Modernität, dass u.a. auch die Ausbildung der Lehrkräfte den Anforderungen an einen modernen Unterricht gerecht werden muss. Die Frage nach der Struktur ist eine untergeordnete. Allerdings sieht die CDU im gegliederten, weil differenzierenden Schulwesen die besten Voraussetzungen gegeben, individuelle Lernbedingungen durch Modernität zu verwirklichen.

Zu 2.

Die Frage unterstellt, dass individuelle Förderung gegenwärtig nicht gewährleistet sei. Das Gegenteil ist der Fall. Die hohe Durchlässigkeit des Schulwesens ist Garant für eine individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers in der jeweiligen Schulform. Jede Schülerin und jeder Schüler hat die Chance, am Beginn seiner Schullaufbahn durch individuelle Leistungserbringung den Schulweg zu beschreiten, der seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Ein differenziertes Schulwesen wird diesem Anspruch am ehesten gerecht. Es kann nicht das Ziel sein, unter besseren Bildungschancen lediglich

einen erhöhten Zugang zur akademischen Bildung zu verstehen. Die berufliche Bildung ist gleichwertiger Bildungsweg und nicht zu vernachlässigen.

Zu 3.

Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag im schulischen Tagesablauf. Ihre Existenz ist durch finanzielle Mittel im Landeshaushalt zu sichern. Ob allerdings ein Ausbau der Schulsozialarbeit finanziert werden kann, ist von der jeweiligen aktuellen Haushaltslage abhängig.

Zu 4.

Die Frage suggeriert, als ob zumutbare Entfernungen gegenwärtig nicht gewährleistet werden könnten. Tatsächlich haben Gerichte die Fahrzeiten vom Privathaushalt zur Schule und zurück benannt und ausgeurteilt. Danach sind für Grundschulen Fahrzeiten von 45 Minuten pro Wegstrecke und für weiterführende Schulen 60 Minuten angemessen und noch akzeptabel. Für die Zukunft kann es aber notwendig werden, Standorte von Grundschulen in einem Grundschulverband organisatorisch zusammenzufassen, um Fahrwegzeiten nicht unnötig zu verlängern und Grundschulen vor Ort zu halten. Die CDU hat das Modell des Grundschulverbandes initiiert und wird in der kommenden Legislatur eine parlamentarische Behandlung des Themas anstreben.

3. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

Das Land Sachsen-Anhalt fördert seit Jahren auf Initiative der CDU im Rahmen der Familienförderung Familienbildungsmaßnahmen, Familienbegegnungsmaßnahmen mit Bildungsangeboten, Sozialpädagogische Arbeit in Familienferienstätten/Familienzentren u. ä. In den Haushaltsjahren 2015 und 2016 standen bzw. stehen hierfür jeweils 735.600 € zur Verfügung. Davon entfallen bzw. entfielen allein auf die sozialpädagogische Arbeit in Familienstätten/Familienzentren jeweils rund 300.000 €.

Daneben fördert das Land die landesweit tätigen Familienverbände durch Zuwendungsbescheide auf Basis einer institutionellen Förderung, deren Grundlage das Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt vom 13.08.2014 ist. Die Förderung in den Jahren 2015 und 2016 betrug bzw. beträgt insgesamt rund 230.000 € jährlich.

Wir beabsichtigen, diese Förderung der Familien auch in der kommenden Wahlperiode unverändert fortzusetzen.

Themenbereich Demographie

Zu 1.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich insbesondere die Unterstützung und Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement weiter erhöht. Denn wir sind aufgrund der zurückgehenden öffentlichen Mittel vermehrt auf die Bürgergesellschaft und freiwillige Helfer angewiesen. Wir werden dezentrale Initiativen zur Koordinierung von Freiwilligen unterstützen und innovative Projekte der Versorgung auf dem Dorf mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs unter Einbeziehung von Hofläden der Landwirtschaftsbetriebe fördern. Darüber hinaus ist es unser Ziel, Modellvorhaben für mehr Teilhabe im Alter, z.B. generationenübergreifendes Wohnen, zu unterstützen und mehr Familienfreundlichkeit im ländlichen Raum, z.B. durch Gemeinschafts- und Dienstleistungszentren (Multiple Häuser), zu realisieren.

Zu 2.

Die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Erwachsenen von morgen. Wir werden alles dafür tun, dass unsere Kinder und Jugendlichen die bestmögliche Ausbildung erfahren und optimal auf die Herausforderungen des Lebens vorbereitet werden. Gute Bildungspolitik ist daher die beste Sozialpolitik. Denn nur wer Kindern und Jugendlichen eine verlässliche Perspektive auf bestmögliche

Bildung und einen Ausbildungsplatz gibt, verschafft Ihnen auch die Möglichkeit, ihr Leben verantwortlich selbst zu gestalten. Die Zahl der Schulabbrecher wollen wir verringern. Außerdem setzen wir auf die Erfahrungen und Kompetenzen der Jugendverbände als verlässliche Partner. Die Jugendpauschale und das Fachkräftesicherungsprogramm werden fortgesetzt. Die CDU steht konsequent für einen weiteren Schuldenabbau in Sachsen-Anhalt. Solide Finanzen sind die wichtigste Voraussetzung dafür, dass auch die kommenden Generationen eigene Handlungsspielräume behalten.

Zu 3.

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Für die Gründung einer Familie brauchen wir attraktiven und bezahlbaren Wohnraum und verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Für beides stehen wir. Wir wollen einerseits eine Standardbremse und die Wirtschaft von vermeidbaren Belastungen befreien sowie eine unbürokratische Existenzgründerförderung. Die Grunderwerbssteuer werden wir nicht weiter erhöhen. Familien zu stärken, heißt für uns auch, sie steuerlich zu entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

Zu 4.

Eine generell kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Schülerrinnen und Schüler halten wir aus finanziellen Gründen nicht für durchsetzbar. Wir wollen an dem bewährten System festhalten. Wir wollen aber im Sinne der Schülerrinnen und Schüler bei der Mittelverteilung für den Öffentlichen Personennahverkehr kurze Schulwege belohnen. Zur Verbesserung der individuellen Mobilität von Jugendlichen im ländlichen Raum haben wir erfolgreich den Modellversuch Moped mit 15 aufgelegt, den wir nach einer erfolgreichen Erprobung in ganz Deutschland umsetzen wollen.

Themenbereich Armut und Teilhabe

Zunächst ist festzuhalten, dass die Armut von Kindern und Jugendlichen rückläufig ist, auch wenn dieser Rückgang geringer ausfällt, als wir uns dies wünschen. Auffällig ist dabei, dass die Situation in Ostdeutschland insgesamt ungünstiger ist als in Westdeutschland. Dies liegt zum einen an den unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen aber auch der Zusammensetzung der Haushalte. Der Anteil der Alleinerziehenden ist in Sachsen-Anhalt aber auch in Ostdeutschland insgesamt relativ hoch verglichen mit Süddeutschland. Alleinerziehende sind stärker gefährdet als Paare.

Die Bedeutung der Arbeitsmarktsituation belegen wissenschaftliche Untersuchungen. Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen 10 Jahren von 2005 an um mehr als zehn Prozentpunkte gesunken, die Kinderarmut im selben Zeitraum um 4,4 Prozentpunkte.

Neben den bereits existierenden Programmen bzw. Angeboten zur Armutsbekämpfung bzw. Armutsvermeidung, die fortgeführt werden sollen, gilt das Hauptaugenmerk weiterhin einer stabilen Integration dieses Personenkreises in den Arbeitsmarkt.

Themenbereich Arbeit mit Flüchtlingen

Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden stellt unser Land und unsere Kommunen sowie alle Beteiligten vor eine große Herausforderung. Aus den Erfahrungen unserer eigenen Flucht- und Vertreibungsgeschichte wissen wir, dass die Aufgabe nicht zu unterschätzen, aber zu leisten ist. Sie erfordert von allen Beteiligten eine hohe Kooperations- und Integrationsbereitschaft.

Die Aufnahmezahlen zeigen, dass Sachsen-Anhalt seiner humanitären Verantwortung gerecht wird und nach Kräften Asylsuchende und Flüchtlinge aufnimmt. Menschen, die wegen politischer Verfolgung oder menschenrechtswidriger Behandlung in ihrer Heimat zu uns kommen, können bei uns Aufnahme erwarten. Dabei müssen die Maßnahmen der Integration und

des Zugangs zum Arbeitsmarkt weiter verbessert werden. Sachsen-Anhalt und die hier lebenden Bürger tun sehr viel, um die Menschen hier willkommen zu heißen und ihnen zu helfen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Der gewachsene gesellschaftliche Konsens zu unserer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und unseren Grundrechten muss bewahrt und gelebt werden. Christliche Werte haben unsere Gesellschaft grundlegend geprägt, sie im Bewusstsein zu halten und ihnen Geltung zu verschaffen, bleibt vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Religionen Werte vermitteln und positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft ausüben können. Wir erwarten von allen Angehörigen unterschiedlicher Religionen und Kulturkreise die gegenseitige Achtung und die Einhaltung unseres Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung. Neuankömmlinge haben sich an die aufnehmende Gesellschaft anzupassen und zu integrieren. Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres Gemeinwesens, ohne Patriotismus und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, kann unser Land nicht gedeihen. Nur mit einem klaren Bekenntnis zu uns selbst als einer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft können wir Integration und Teilhabe überzeugend fordern. Unsere kulturellen Werte und historischen Erfahrungen halten unsere Gesellschaft zusammen und bilden unsere Leitkultur. An dieser halten wir fest.

Für Flüchtlinge und Asylsuchende mit Bleibeperspektive werden wir einen aktiven Beitrag zu ihrer dauerhaften und nachhaltigen Integration leisten. Migrantengruppen und Selbstorganisationen sind dabei wichtige Multiplikatoren. Wir wollen eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen bei den Kosten für die Unterbringung und Betreuung.

Zur gewollten beruflichen Integration werden wir gemeinsam mit den Kammern, berufsständischen Gruppen und zuständigen Stellen Verfahren entwickeln, wie Teilausbildungen oder im Ausland erworbene Qualifikationen vergleichbar anerkannt werden können. Ebenso setzen wir uns im Bund für Förder-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme für Flüchtlinge durch eine Erweiterung des Personenkreises für die Eingliederungshilfe unter gleichzeitiger Aufstockung des Eingliederungstitels bei der Agentur für Arbeit ein.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist wesentliche Voraussetzung, um zu verstehen und verstanden zu werden. Ihr kommt damit eine Schlüsselrolle zu, auch bei der Verwirklichung der gesellschaftlichen Teilhabe.

Deshalb werden wir:

- Migrantengruppen und Organisationen als wichtige Multiplikatoren in den Integrationsprozess einbinden
- die berufliche Integration mit Förder-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen vorantreiben
- durch ausreichende Kita-Plätze und Einsteigerklassen an den Schulen Kindern und jugendlichen Flüchtlingen gezielte Zugänge zu Sprache und Bildung ermöglichen
- bei Alltagsbegleitung, Kulturvermittlung und Freizeitgestaltung das ehrenamtliche Engagement fördern

Selbstverständlich werden wir auch die bereits erfolgreich laufenden Programme und Projekte auf diesem Gebiet fortführen.